

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-neue Mitgliedsstaaten:

Slowakei

Dr. Andreas Höferl

Wien, September 2004

Inhaltsverzeichnis:

1.	Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung.....	3
2.	Abfallwirtschaft	7
3.	Bildung	8
4.	Energie	9
5.	Gesundheit	11
6.	Kultur.....	13
7.	Medien	13
8.	Pensionen.....	14
9.	Post.....	14
10.	Sicherheit.....	15
11.	Telekommunikation	16
12.	Verkehr	16
13.	Wasser und Abwasser	18
14.	Wohnen	19

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die „Slovenska Republika“ zählt mit einer Fläche von 49.012 km² und 5,379 Mio. EinwohnerInnen (2002) zu den kleineren der neuen Mitgliedstaaten der EU. Die Slowakei entstand als unabhängiger Staat 1993 durch die Auflösung der 1990 gegründeten „Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik“ (CSFR). Hauptstadt ist Bratislava mit rund 460.000 EinwohnerInnen, zweitgrößte Stadt Kosice mit etwa 240.000 EinwohnerInnen. Acht weitere Städte haben zwischen 50.000 und 100.000 EinwohnerInnen. Das Staatsgebiet ist in acht Regionen (*kraje*) gegliedert (*Bratislava, Trnava, Nitra, Trenčín, Žilina, Banská Bystrica, Prešov, Košice*) sowie in 79 Bezirke, die mit Jahresbeginn 2004 in 50 Kreise zusammengelegt wurden, die dem Innenminister unterstehen. Es besteht eine begrenzte kommunale Selbstverwaltung der rund 2.800 Städte und Gemeinden. 4,6 der 5,4 Mio. EinwohnerInnen (85 %) sind SlowakInnen. Es leben aber auch mehr als 520.000 UngarInnen, 90.000 Roma, 45.000 TschechInnen sowie weitere sechs Minderheiten im Land. Die längsten gemeinsamen Grenzen hat die Slowakei mit Polen im Norden bzw. Ungarn im Süden. Weitere Nachbarstaaten sind Tschechien, Österreich und die Ukraine. Amtssprache ist slowakisch, im Wirtschaftsleben ist aber auch tschechisch weit verbreitet. Landeswährung ist die slowakische Krone (SKK). Ihr Wechselkurs zum Euro betrug in den letzten vier Jahren etwa 42,50 SKK = 1 Euro. 2008 oder 2009 will die Slowakei den Euro als Landeswährung einführen. Staatsoberhaupt ist seit den Präsidentenwahlen im Frühjahr 2004 der ehemalige Parlamentspräsident *Ivan Gasparovic*.

Demokratiedefizite unter der Regierung *Vladimir Meciar* hatten zur Folge, dass die Europäische Kommission bis 1998 eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der *Slowakei* nicht empfehlen wollte. Die neue slowakische Regierung unter Ministerpräsident *Mikulás Dzurinda* (seit Ende 1998 im Amt) zeigte sich jedoch von Anfang an entschlossen, die *Kopenhagener Kriterien* zu erfüllen. Beim Europäischen Rat in Helsinki 1999 wurde daher die Aufnahmen von Beitrittsverhandlungen beschlossen. Beim Referendum am 16./17.5.2003 stimmten 92,5% der SlowakInnen für den EU-Beitritt des Landes, der mit 1.5. 2004 vollzogen wurde. Die Slowakei ist außerdem Mitglied der Vereinten Nationen, seit 2000 der OECD, der OSZE und seit März 2004 auch der NATO.

Seit 1998 ist *Dzurinda* (von der *Slowakisch-Christdemokratischen Union, SKDU*) Regierungschef, zunächst einer Mitte-Links-, seit den Wahlen im Herbst 2002 einer Mitte-Rechts-Regierung aus vier Parteien an. Neben einschneidenden Sparmaßnahmen und Preiserhöhungen beschloss die neue Regierung 1999 zahlreiche Privatisierungen und 2003 auch einen einheitlichen Steuersatz von 19% für alle Einkommen, Waren und Dienstleistungen.

Das Land galt lange Jahre als die „Waffenschmiede“ des Ostblocks: zwei Drittel der Maschinenbauindustrie dienten der Waffenerzeugung. Dies änderte sich nach 1989 grundlegend. Die Industrieproduktion sank von über 60 % auf ein Viertel des BIP. Dienstleistungen gewannen rasch an Bedeutung. Es kam zur Öffnung des Marktes, zum Ausbau des Privatsektors (der mittlerweile über 80% des BIP erwirtschaftet), zur Stärkung der Mittel- und Kleinbetriebe und zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik sind heute die Modernisierung bestehender Betriebe, die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben und die weitgehende Privatisierung von Unternehmen mit öffentlichen Eigentumsanteilen. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau der Infrastruktur (Telekommunikation, Bahn, bessere Standards bei Straßen, Autobahnausbau). Andere wirtschaftspolitische Schwerpunkte sind die Exportförderung, der Fremdenverkehr, der Umweltschutz sowie der Energiebereich.

Die slowakische Regierung ist sehr um Auslandsinvestitionen bemüht. Es bestehen neben dem niedrigen Einheitssteuersatz bei Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer von 19 % auch Investitionsanreize für ausländische Investoren: so gibt es z.B. staatliche Beihilfen für die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für die Umschulung in Bezirken mit hoher Arbeitslosenrate. Österreich ist mit einem Anteil von 14,1 % an ausländischen Investitionen in der Slowakei und ca. 1.700 Firmen der drittgrößte Auslandsinvestor hinter Deutschland

und Holland und deutlich vor Italien, Frankreich und Großbritannien. In jüngster Zeit siedeln sich vermehrt Automobilunternehmen mit ihren Produktionsstätten in der Slowakei an, was auf großzügige Finanzförderungen der slowakischen Regierung und ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau zurückzuführen ist. 2004 entspann sich allerdings eine emotional geführte Diskussion darüber, in wie weit die Verträge mit ausländischen Investoren offengelegt werden oder geheim bleiben sollen.

Das Schwergewicht der Wirtschaftsaktivität liegt im Westen des Landes, vor allem im Raum Bratislava, und es herrscht ein starkes West-Ost Gefälle. Andere Wirtschaftszentren befinden sich im Raum von Košice, Banská Bystrica und Martin. Bratislava ist nach Prag die zweitreichste Wirtschaftsregion der neuen EU-Beitrittsländer. Kaufkraft und Produktivität liegen dort exakt im EU-Schnitt, die Arbeitslosigkeit nur bei 5 %, während sie im Osten des Landes teilweise bei 30 % liegt, unter den Roma sogar über 80 %! Großkonzernen, die mehrere Tausend Beschäftigte benötigen, bieten sich dadurch rund um Bratislava kaum noch Arbeitskräfte. Zuletzt siedelten sich deshalb mit *Hyundai* und *Volkswagen* (bereits vor einigen Jahren mit einem zweiten Standort) zwei Automobilkonzerne in Žilina und dem 30 km entfernten Martin an.

Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2002 26,2 Mrd. Euro, was etwa einem Neuntel des österreichischen entsprach, bzw. 3.760 USD/Kopf. Das reale Wirtschaftswachstum war in den vergangenen Jahren mit rund 4 % relativ konstant und gut. Die Inflation ist mit heuer voraussichtlich 8 % allerdings ebenso überdurchschnittlich hoch wie die Arbeitslosenrate, die mit sogar 16 % landesweit (das entspricht etwa 450.000 Arbeitslosen) die zweithöchste in der EU nach Polen ist. Auch das Budgetdefizit lag im Vorjahr mit 5 % gemessen am BIP über den für den Euro-Raum geltenden Werten, soll aber 2004 auf 4 % gesenkt werden. Das 1998 erklärte Ziel „Nulldefizit“ wurde aufgegeben. Die öffentliche Verschuldung betrug 2002 knapp 43 % gemessen am BIP. Die durchschnittlichen Einkommen lagen im Vorjahr bei etwa 350 Euro monatlich. Die Slowakei weist ein leichtes Handelsbilanzdefizit auf: 2002 waren im Importe um etwa 2,3 Mrd. Euro höher als die Exporte. 50 % der Importe stammen aus der EU 15 und 60 % der Exporte gehen in die EU 15.

Entwicklung der Privatisierung

Zu den ersten Privatisierungen der Slowakei gehörte schon 1992 der Verkauf der öffentlichen Wohnungen an die bisherigen Mieter und die Privatisierung von rund 500 Unternehmen, 500 Apotheken und 50 Landwirtschaftsbetrieben ein Jahr später, wobei rund 2,5 SlowakInnen durch eine Kupon-Privatisierung zu VolksaktionärInnen wurden. Begleitet waren diese Privatisierungen allerdings auch von zahlreichen Skandalen. Vielfach kam es zu Verkäufen an Politiker und deren Freunde weit unter dem eigentlichen Wert des Unternehmens. Mehr als die Hälfte der damals noch 5.000 staatlichen slowakischen Unternehmen machten 1994 nach Angaben des Finanzministerium Verluste. Doch wurden im gleichen Jahr bereits 46 % des slowakischen BIP durch Private erwirtschaftet. 1994 wurde erstmals auch die Privatisierung der zwei großen Energieunternehmen *Slovenske elektrarne (SE)* und der Gaswerke *SPP* diskutiert.

Eine zweite, für 1994 geplante Privatisierungswelle (ursprünglich sollten weitere 600, dann 450 Unternehmen teils durch Kupon-Privatisierung, teils durch Ausschreibung verkauft werden) wurde zunächst mehrfach verzögert und schließlich Mitte 1995 - ebenso wie die geplante Privatisierung der Raffinerie *Slovnaft* über die Börse - durch einen Privatisierungsstopp der Regierung *Vladimir Meciar* gestoppt. Diese Kehrtwende war mit ein Grund, weshalb die EU 1996 Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei für unwahrscheinlich erklärte und sogar Finanzhilfen einstellte. Insbesondere ging es der slowakischen Regierung aber darum, 30 strategisch wichtige Betriebe der Energie- und Gaswirtschaft, Post und Fernmeldewesen, Waffenproduktion, pharmazeutische Produktion, Forst- und Wasserwirtschaft sowie die Slowakische Sparkasse und die Slowakische Versicherungsanstalt gänzlich vor Privatisierung zu schützen. Bei 45 weiteren Unternehmen sollte eine Privatisierung möglich sein, sich der Staat aber die Möglichkeit des aktiven Eingreifens in die Entscheidungen mittels der sog. „Goldenen Aktie“ behalten. Dies waren vor allem Betriebe aus den Zweigen Hüttenwesen, Maschinenbau, Erdölförderung,

Chemieindustrie, Verkehrswesen, Landwirtschaft und Bauwesen. Das Verfassungsgericht hob später die Möglichkeit der Anwendung der Goldenen Aktie auf.

Es zeigte sich allerdings, dass diese Unternehmen in diesen Jahren deutlich sinkende Gewinne aufwiesen und zunehmend Fremdkapital benötigten, um ihre Tätigkeit unverändert weiterführen zu können. Gleichzeitig häuften sich 1998 die Hinweise auf zunehmende Zahlungsschwierigkeiten des Landes (Budgetsperren, Gold- und Devisenverkäufe). Man sprach schon von einem „Land am Bettelstab“.

Grundkennzahlen der Wirtschaft der natürlichen Monopole*					
	1994	1995	1996	1997	1998
Gewinn vor Steuern (Mio. SKK)	29 091	26 094	23 857	13 374	6 913
Umsatzerlöse (Mio. SKK)	114 423	122 442	132 122	137 445	143 213
Gewinn vor Steuern/Umsatzerlöse	25%	21%	18%	10%	5%
Fremdkapital (Mio. SKK)	-	-	79 711	125 920	172 747
Aktiva (Mio. SKK)	-	-	268 918	326 118	371 337
Fremdkapital/Aktiva	-	-	30%	39%	47%
Beschäftigtenzahl	115 890	113 060	112 993	110 738	110 061
* Slovenský plynárenský priemysel-SPP, Slovenské elektrárne-SE, Západoslovenské energetické závody-ZSE, Stredoslovenské energetické závody-SSE, Východoslovenské energetické závody-VSE, Slovenská Pošta (Post), Slovenské Telekomunikácie, Železnice SR (Eisenbahnen) und Transpetrol.					
Quelle: Top Trend 1995, 1996, 1997, 1998, 1999 in: slowakische Monatsberichte Oktober 1999					

Etwas offener ging die Slowakei in diesen Jahren mit Auslandsinvestitionen um, wo das Land schrittweise Liberalisierungsschritte für direkte Investitionen, Immobilienerwerbs durch ausländische Banken sowie beim Wertpapier- und Devisenhandel setzte. Aber bis 1998 waren ausländische Investoren weitgehend von Privatisierungen in der Slowakei ausgeschlossen.

Bis 1997 wurde Staatseigentum im Wert von über 8 Mrd. Euro an den „nationalen Vermögensfonds“ (FNM) zur Privatisierung übertragen und tatsächlich auch Vermögen im Wert von mehr als 5 Mrd. Euro privatisiert.

Diese Politik änderte sich grundlegend nach den Parlamentswahlen im Herbst 1998. Das neugewählte Parlament unter der neuen Mitte-Links-Regierung Dzurinda I (1998-2002) erhöhte zunächst drastisch bisher regulierte Preise bei öffentlichen Dienstleistungen:

Die Änderung der regulierten Preise zum 1.7.1999:

Produkt, Dienstleistung	Erhöhung um
Elektrische Energie für Privathaushalte	35%
Elektrische Energie für Unternehmer	5%
Erdgas für Privathaushalte	50% (ab 1.1.2000 um 30%)
Wärmeenergie	40%
Mieten	70%
Telekommunikationsgebühren	21%
Eisenbahngebühren	15%

Quelle: Slowakische Monatsberichte, Mai 1999

Nach langen Diskussionen verabschiedete das Parlament Mitte 1999 auch eine neue Privatisierungsstrategie: Nach der neuen gesetzlichen Regelung waren nur mehr der Waldbestand, der Eisenbahntransportweg, Oberflächen- und unterirdische Gewässer und die Post von der Privatisierung ausgenommen. Eine mindestens 51%-ige staatliche Beteiligung sollten in der Slowakischen Strom- und Gasindustrie, den Energieverteilbetrieben und der *Transpetrol* gewahrt bleiben. Maßnahmen zur Privatisierung und Umstrukturierung sollten zunächst vor allem eine Kostensenkung in strategischen Betrieben und eine Minimierung des Risikos der Korruption und Intransparenz erreichen.

Eine der ersten Privatisierungen betraf im März 1999 das größte slowakische Erdöl- und Erdgas- Unternehmen *Nafta Gbely*, das vom slowakischen Großunternehmer Jozef Majsky mehrheitlich erworben wurde.

Als nächster Schritt wurde die Privatisierung der staatlichen Banken angegangen. Nach etlichen Bankenkrisen (auch mangels effizienter Bankenaufsicht) erfolgte ab dem Jahr 2000 eine massive Privatisierungswelle am Bankensektor: Als eine der ersten Banken geriet die Industriebank *Priemyselna banka* 1999 noch eher zufällig und gegen den Willen der Regierung unter den Einfluss einer ausländischen Eigentümergruppe. Danach aber erfolgten die Privatisierungen gewollt: 2000 übernahm die italienische *UniCredito Italiano* 57 % der Landwirtschaftsbank *Polnobanka*. Ebenfalls 2000 erwarb die Wiener *Dexia Kommunalkredit Holding* eine 78 %-Mehrheit an der „Ersten Kommunalbank“ *Prva komunalna banka (PKB)*. 2001 erwarb die österreichische *ERSTE Bank* um 411 Mio. Euro eine 87%-Mehrheit an der slowakischen Sparkasse *Slovenska Sporitelna (SLSP)*. 2003 und 2004 erwarb die *ERSTE* die restlichen 13 %, die noch im Staatsbesitz standen. Im Juni 2001 erhielt die italienische Bankengruppe *IntesaBci* den Zuschlag für die Übernahme von 95 % der Allgemeinen Kreditbank *Vseobecna uverova banka (VUB)* um 550 Mio. Euro. 69 % der Investitions- und Entwicklungsbank *Investiena a rozvojova banka (IRB)* wurden 2001 an die größte Versicherungsgesellschaft *Slovenska poisťovna (SP)* verkauft und diese selbst ebenfalls 2001 an die weltweit tätige deutsche *Allianz Group*. Eine 55%-Mehrheit der Postbank *Postova banka (PB)* wurde 2002 an die *Ceska pojistovna* und die *Tatra banka* verkauft, die bereits 1991 durch die österreichische *RZB* wiedergegründet wurde.

Im Juli 2000 erhielt die *Deutsche Telekom* den Zuschlag für 51 % an den *Slovenske telekomunikacie (ST)* und bezahlte dafür 1 Mrd. Euro. Der nächste Schritt der Privatisierung betraf die slowakische Gasindustrie: 2002 wurden 49 % der Anteile des Gas-Monopolisten *Slovensky plynarensky priemysel SPP* an ein Konsortium aus *Ruhrigas*, *Gas de France* und *Gazprom* verkauft, weiters 49 % des Ölpipeline-Betreibers *Transpetrol* an die russische *Yukos* und schließlich 49 % der drei regionalen Energieverteilern *ZSE*, *SSE* und *VSE* (mehr dazu im Kapitel 4 - Energie). Der Staat behielt sich hier vorerst die Aktienmehrheit von jeweils 51 %, strebt heute jedoch (außer bei der *SPP*) vollständige Privatisierungen an. Diese bisher größten Teilprivatisierungen erbrachten einen Verkaufserlös von zusammen 2,9 Mrd. Euro.

Die Beteiligung privater Eigentümer ging einher mit Veränderungen in Management und Maßnahmen, um Kosten zu sparen. Andererseits erkannte man es bereits 2002 als Problem, dass durch den Verkauf der Großbanken an private Eigentümer der politische Einfluss verloren ging, dass dort investiert wird, wo es die Regierung für zweckmäßig hielt. Oder dass die Regierung die Möglichkeit verlor, in die Preisentwicklung einzugreifen. Auch die Fusion des slowakischen Erdölverarbeiters *Slavnost* mit der ungarischen *Mol* im Jahr 2000 brachte die Erkenntnis, dass private Monopole Nachteile für die Marktentwicklung, insbesondere die KonsumentInnen haben können. Auch die Verläufe von 39 % des Aktienpakets des Mineralölunternehmens *Slovnaft* zu 15 % des Marktpreises und der Verkauf von 15% der *VSŽ* (Ostslowakische Eisenhütten) zu einem Drittel des Marktpreises wurden übrigens in der Öffentlichkeit heftig kritisiert.

Das nach den Wahlen im Herbst 2002 in eine Mitte-Rechts-Regierung umgebildete Kabinett *Dzurinda II* verstärkte ihre Privatisierungslinie. Mitte 2003 wurde beschlossen, auch die strategischen Unternehmen (wie die Stromerzeuger und -verteiler, die sechs größten Heizkraftwerke und den Güterverkehr der Bahn) vollständig zu privatisieren. Es sollen auch

Wasserwerke, Deponien, Betriebe der Infrastruktur (Autobahnen und Flughäfen) so weit wie möglich ausgegliedert, den Gemeinden und Kreisen übergeben oder privatisiert werden. Weitere Restrukturierungsmaßnahmen werden bei der Bahn, im Sozialwesen und bei der Arbeitsmarktverwaltung, bei den Versorgungs- und Kommunalbetrieben gesetzt. Im September 2004 erfolgte der Verkauf der Aktienmehrheit am großen slowakischen Stromerzeuger *Slovenské elektrárne (SE)* an die italienische *Enel* um rund 840 Mio. Euro. Diese Privatisierungen haben zunehmend auch als Motiv, dass der Staat Geld braucht, um sein Pensions- und Gesundheitswesen zu finanzieren.

Der Anteil des Privatsektors an der Industrieproduktion beträgt heute nach Angaben der Wirtschaftskammer 83 %. Der markanteste Schritt dabei war der Einstieg von *US Steel* in die Ostslowakischen Eisenhüttenwerke *VSZ* in Kosice, dem „Stahlpfeiler der Slowakei“ im Jahr 2000. In anderen Bereichen der Wirtschaft ist der Anteil des Privatsektors heute noch höher: Handel und Bauwesen ist nahezu vollständig privatisiert, der Straßenfrachtverkehr zu ca. 95 %. Das Wirtschaftsministerium ist zugleich verantwortlich für die Verwaltung und Privatisierung von Staatseigentum.

Insgesamt waren 2002 nur mehr 767 Unternehmen in der Slowakei im mehrheitlichen Staatseigentum, aber 58.719 (oder knapp 99 %) in privater Hand. Über 10.700 Unternehmen war in ausländischen Eigentum. Dazu kamen noch fast 300.000 selbständig Erwerbstätige.

Zu den österreichischen Unternehmen, die sich in der Slowakei sehr stark engagieren, gehören u.a. die *Brau Union*, *REWE Austria*, *Siemens*, *Neusiedler* (im Jahr 2000 Übernahme des größten slowakischen Papierproduzenten *Severoslovenske Celulozky a Papierne SCP*), *ISS CE* (weltweiter Marktführer auf dem Sektor Gebäudereinigung und Instandhaltung), *Gabor* (Schuhherstellung, seit 1996 in der Slowakei engagiert) und der Personaldienstleister *Trenkwalder* und der Autozulieferer *Kromberg & Schuster* sowie *Wüstenrot*, *Generali* und *Uniq*.

2. Abfallwirtschaft

In der Slowakei gibt es in der Abfallwirtschaft geteilte Verantwortlichkeiten zwischen dem Umweltministerium, den regionalen Umweltbehörden, den Gemeinden sowie der slowakischen Umweltagentur und dem slowakischen Umweltinspektorat. Das Ministerium sorgt für Grundlinien, die Programme und die rechtlichen Vorgaben, bedient sie dabei auch der Umweltagentur, die regionalen und lokalen Umweltbehörden sorgen für die Umsetzung. Kontrolliert werden die regionalen und lokalen Behörden durch das Umweltinspektorat.

In der Slowakei gab es 1993 nach Angaben des Umweltministeriums nur 325 rechtmäßige, aber 6.869 illegale Mülldeponien. Die meisten dieser meist kommunalen Deponien entsprachen nicht den geringsten Umweltstandards. Die Umwelt wurde nach Einschätzung vieler ExpertInnen besonders durch die chemische, petrochemische und metallurgische Industrie sowie durch Stahlmühlen, Zement-, Papier- und Zellulosefabriken schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Schon 1991 wurde in der Slowakei begonnen, Mülldeponien zu privatisieren, wobei meist Käufer aus anderen EU-Staaten auftraten. Den Käufern wurde bald eine steigende Abgabe für diese Deponien vorgeschrieben, um auf diese Weise den Wettbewerbsvorteil, den sie gegenüber modernen Deponien boten, im Lauf der Jahre zu reduzieren und gleichzeitig Geld für deren Modernisierung oder Schließung aufzubringen. Jene kommunalen Deponien, die nicht verkauft wurden, und daher auch keine Abgaben und Mittel zu deren Sanierung haben, sollen bis 2008 zum Großteil aufgelassen werden.

Bis heute ist die Lagerung und Entsorgung von Abfall in der Slowakei im internationalen Vergleich immer noch billig und das Land befürchtet, durch die Liberalisierung der Abfallexporte zur „Müllhalde Europas“ zu werden, erklärte der slowakische Umweltminister *Laszlo Miklos* erst im Frühjahr 2004. Dennoch: zu Jahresbeginn bestanden nach Angaben des Umweltministerium nur mehr 156 (legale) Mülldeponien, 40 neue waren in Bau. Insgesamt soll die Zahl der Deponien bis 2008 auf 150 verringert werden, knapp 100

Deponien, die nicht mehr den modernen Standards entsprechen, sollen bis dahin noch geschlossen werden. In den letzten Jahren konnte vor allem der anfallende Industriemüll verringert werden. Trotz zunehmender Bemühungen und Erfolge bei der Mülltrennung und Müllwiederverwertung nimmt jedoch die Restmüllmenge bei kommunalen Abfällen eher zu. Mit 320 kg produziertem Haushaltsmüll pro Kopf lag die Slowakei 2003 zwar immer noch weiter unter dem OECD-Europa-Durchschnitt von 500 kg oder gar dem EU-15-Durchschnitt von 550 kg pro Kopf, jedoch lagen die Industrieabfälle mit 80 kg pro Kopf deutlich über dem OECD-Europa- und EU-15-Schnitt von 50 kg/Kopf.

Im EU-Beitrittsvertrag wurden der Slowakei daher angesichts der Deponiesituation zugestanden, dass die slowakischen Behörden die Einfuhr von Abfall zu dessen Entsorgung oder Verwertung noch bis 2011 weitgehend kontrollieren und beschränken dürfen, andererseits wurden dem Land aber auch bestimmte Mengenziele zur Reduzierung bzw. Wiederverwertung von Verpackungsmaterial (insbesondere Metalle) vorgeschrieben.

Von 2000 bis 2005 soll die stoffliche Wiederverwertung von Verpackungsmüll nach den eigenen Zielen der Regierung von 19% auf 30% und die Müllverbrennung mit thermischer Verwertung von 6% auf 12% gesteigert werden, während die Deponierung von 65% auf 58% verringert wird und die Müllverbrennung ohne thermische Verwertung auslaufen soll. Im Bereich der kommunalen Abfälle erwartet die Slowakei im Jahr 2005 ein Gesamtaufkommen von 1,8 Mio. Tonnen. Beim Bioabfall werden im Jahr 2005 800.000 Tonnen an kompostierbarem Material erwartet. Ziel ist es, bis zum Jahr 2005 mindestens 35% des Bioabfalls aus dem kommunalen Abfall zu kompostieren. Gleichzeitig soll in diesem Jahr der Anteil der biogenen Abfälle im Deponiegut bereits um 30% geringer sein als im Jahr 2000.

Die Abfallwirtschaft bietet für private Investoren in den kommenden Jahren große Chancen: Es gilt, getrennte Müllsammelsysteme aufzubauen, Kompostieranlagen, mechanische Abfallbehandlungs- und schließlich auch Müllverbrennungsanlagen zu errichten. Die Investitionskosten für die slowakische Abfallwirtschaft werden laut ÖGUT für den Zeitraum von 2001 bis 2007 auf 450 Mio. Euro geschätzt.

Ausländische Unternehmen – insbesondere österreichische – wie die *Abfall Service Austria* (ASA) - sie ist in der Slowakei, Tschechien und Ungarn sogar Marktführer - wurden mit joint-ventures frühzeitig ab 1991 auf dem slowakischen Markt im Bereich Bau und Betrieb von Mülldeponien und Müllabfuhr für Städte und Gemeinden aktiv. 80 % der knapp 2.200 ASA-MitarbeiterInnen arbeiten in osteuropäischen Ländern. Die österreichische *Altstoff Recycling Austria* (ARA) ist ebenfalls in der Slowakei im Bereich getrennte Altstoff-Sammlung und Wiederverwertung tätig.

Das von der EU ab 2005 vorgeschriebene Recycling von Elektronik-Abfall wird ebenfalls durch ein 2002 neugegründetes privates Unternehmen *Elektro Recycling* sichergestellt. Das Unternehmen hat mithilfe öffentlicher Förderung über 350 Mio. SKK (8,4 Mio. Euro) investiert. Die Kosten für die Entsorgung der jährlich etwa 14.000 Tonnen Elektro-Abfall in der Slowakei sollen durch Gebühren und den Verkauf aufbereiteter Altstoffe gedeckt werden.

3. Bildung

Die Slowakei wandte im Jahr 2000 4,3 % ihres BIP für das Bildungswesen auf, was deutlich weniger war als der OECD-Durchschnitt von mehr als 5,5 %. Das war auch deutlich weniger als noch vor der Wende (1990: 5,5 %), jedoch in absoluten Zahlen (mit 38,3 Mrd. SKK = 900 Mio. Euro) etwa zweieinhalb mal so viel als damals. 4,2 % (also der Großteil) waren öffentliche, nur 0,1 % private Ausgaben, womit auch dieser Anteil deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 0,65 % lag. Dies hat sich und wird sich jedoch durch eine verstärkte Förderung privater Initiativen im Bildungswesen deutlich verändern.

Das slowakische Schulsystem umfasst 13 Schulstufen bis zum Erwerb eines Reifezeugnisses. Die Schulpflicht beträgt 10 Jahre. Der neunjährige Grundschulunterricht ist in zwei Stufen (1. bis 4. Klasse sowie 5. bis 9. Klasse) unterteilt. Darauf folgt in der Regel ein

Sekundarschulunterricht in allgemein bildenden höheren Schulen (Gymnasien) oder berufsbildenden Fachmittelschulen, Fachlehranstalten, Konservatorien u.a.m.

Es gab in der Slowakei laut Angaben des Statistischen Amtes im Jahr 2002 mehr als 3.200 Kindergärten (mit mehr als 151.000 Kindern), knapp 2.400 Grundschulen (mit 602.000 SchülerInnen), knapp 1.300 mittlere und höhere Schulen (mit 317.000 SchülerInnen) sowie 20 Hochschulen mit 139.000 StudentInnen.

Reformschritte für die **Grund- und Mittelschulen** wurden 2001 in einem Programm „*Millenium Projekt*“ formuliert. Innerhalb von vier bis fünf Jahren sollen in allen Grund- und Mittelschulklassen Computer-Klassen eingerichtet werden. 2002 wurde die Finanzierung der kirchlichen und Privatschulen neu geregelt. Sie erhalten nun gleich viel Förderung wie staatliche Schulen. Zudem wurde die freie Schulwahl eingeführt, die mehr Wettbewerb fördern soll. Dennoch herrscht unter den LehrerInnen Unmut die schlechte finanzielle Ausstattung der Schulen sowie ihre Bezahlung: im Sommer 2003 fand ein landesweiter LehrerInnen-Streik statt.

Die öffentlichen Ausgaben für die **Hochschulen** (Universitäten, Akademien; 8 davon sind in Bratislava) betragen 2002 7,4 Mrd. SKK (175 Mio. Euro), was einem Fünftel der gesamten Bildungsausgaben oder 0,8 % des BIP entsprach. Ende 2003 studierten in der Slowakei etwas mehr als 156.000 StudentInnen, was einer Verdoppelung innerhalb von 10 Jahren entsprach. 18 % der 18- bis 24-Jährigen studieren (in der EU sind es 23 %). Die Hochschulen bieten Abschlüsse auf drei Ebenen an (Studiengänge auf Bachelorniveau, Ingenieur-, Magister- und Doktor-Grade auf der zweiten Ebene nach einem regulären Studium sowie Postgraduiertenstudien). Neben den öffentlichen Hochschulen gibt es auch eine private, das College für Management in Trencin.

Die Ausgabensteigerungen im Bildungsbereich sind beträchtlich. Ein ehrgeiziges nationales Programm zur Entwicklung der tertiären Bildung (vom Herbst 2000) hat zum Ziel, die slowakischen Universitäten international wettbewerbsfähig zu machen. Ziel ist, 1,3 % des BIP für die Universitäten aufzuwenden. Dazu sollen die Zahl der StudentInnen weiter erhöht, das Bezahlungssystem des Lehrpersonals differenzierter und attraktiver werden (2002 gab es eine Gehaltserhöhung der UniversitätslehrerInnen um 30 %!) und die Universitäten sollen selbständige öffentlich-rechtliche Einrichtungen werden, um sich aus verschiedensten Quellen Finanzmittel zu holen. Das Bildungsministerium soll nur mehr Aufsichtsrechte behalten. Außerdem sollen die Universitäten zum gegenseitigem Nutzen stärker mit Wirtschaft und Arbeitsmarkt verknüpft werden. Und es sollen auch Studiengebühren eingeführt werden, die zwischen 10 und 70 % der Kosten eines Studenten decken sollen. Noch ist das Studium für StudentInnen aus der Slowakei, Tschechien und Österreich (!) kostenfrei. StudentInnen aus anderen Staaten müssen dagegen bereits heute jährlich Studiengebühren zwischen 2.500 und 6.500 USD (!) zahlen. Die Höhe der Studiengebühren für die slowakischen StudentInnen soll zwischen 7.000 und 21.900 SKK (165 bis 515 Euro) jährlich liegen und von den einzelnen Hochschulen festgelegt werden. Gegner der Einführung argumentieren, dass in den letzten Jahren die Ausgaben für ein Studium bereits auf 3.500 bis 5.000 SKK (80 bis 120 Euro) pro Monat gestiegen seien (Reise, Unterkunft, Verpflegung). Es gibt zwar Stipendien und Bildungskredite, doch noch ist nicht klar, wie die Abwicklung aussehen soll. Die Öffentlichkeit ist der Meinung, dass es gewisse Studiengebühren geben sollte, sei doch ein Universitätsstudium eine Form von Investition. Noch dazu, wo die Universitäten von allen Steuerzahlern finanziert werden, den konkreten Nutzen aber nur eine vergleichsweise kleine Zahl von Menschen, die Studierenden, habe.

4. Energie

Die Slowakei muss 47 % seines Energiebedarfes importieren, kann also nur etwas mehr als die Hälfte seines Energiebedarfes aus eigenen Ressourcen und Kraftwerken decken.

Strom

Eigentümer der slowakischen Kraftwerke sind die slowakischen Elektrizitätswerke *Slovenske Elektrarne (SE)*. Sie besitzt zwei Atomkraftwerke (*Jaslovské Bohunice* und *Mochovce* mit zusammen 2.640 MW Leistung), zwei thermische Kraftwerke (*Nováky* und *Vojany* mit zusammen 1.840 MW Leistung) sowie 34 Wasserkraftwerke, darunter die zwei großen *Gabcíkovo* und *Cierny Váh* (mit jeweils mehr als 700 MW Leistung). Die *SE* beschäftigten Ende 2002 knapp 9.700 MitarbeiterInnen.

Die Atomkraftwerke *Bohunice* (zwischen 1972 und 1985 fertiggestellt) und *Mochovce* (1998 bzw. 2000 in Betrieb genommen) sind mit russischer Technik ausgestattet. Es gibt erhebliche Sicherheitsbedenken hinsichtlich Feuergefahr und Erdbebensicherheit. Das ältere *Bohunice* gilt als eines der gefährlichsten Atomkraftwerke, die momentan in Betrieb sind. Die slowakische Regierung muss die Blöcke I und II, wie von der Europäischen Kommission empfohlen, zwischen 2006 und 2008 schließen, obwohl über 200 Mio. Euro in deren Modernisierung investiert wurden. Dies war eine Bedingung in den Beitrittsverhandlungen des EU-Beitritts. Dafür werden im Gegenzug bis 2009 oder 2010 zwei weitere Blöcke im AKW-*Mochovce* errichtet. Die Kosten (etwa 1 Mrd. Euro) sollen ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert werden, weshalb 2002 66 % der Eigentumsanteile die Elektrizitätswerke *Slovenske Elektrarne (SE)* 2002 zur „Privatisierung“ ausgeschrieben wurden, um die sich die österreichische *Verbund AG*, die russische *RAO UES*, die tschechische *CEZ* und die italienische *Enel* bewarben, allesamt übrigens Unternehmen, die jeweils im Mehrheitseigentum ihres Heimatstaates stehen! Den Zuschlag erhielt im September 2004 die *Enel*, der zweitgrößte Stromerzeuger Europas, der 840 Mio. Euro geboten haben soll.

Dem Ruf nach mehr erneuerbaren Energien kam die Slowakei mit dem Bau des Donaukraftwerkes *Gabcíkovo* von 1992 bis 1995 nach. Das Projekt, das zunächst gemeinsam mit Ungarn gestartet wurde, geriet in die Schlagzeilen, als Ungarn die vereinbarte Staustufe bei *Nagyymaros* aus Kostengründen einstellte. Die Slowakei baute das Kraftwerk schließlich alleine zu Ende. *Cierny Vah* ist ein 1982 erbautes Pumpwasserkraftwerk am gleichnamigen Fluss, der Schwarzen Waag.

Bei der Modernisierung der beiden Kohlekraftwerke *Novaky* und *Vojany*, die in den 50er bzw. 60er Jahren gebaut wurden, kamen nicht nur erhebliche EU-Fördermittel zum Einsatz, sondern auch private Auftragnehmer zum Zug. Das Kraftwerk *Novaky* wurde – auch mithilfe österreichischer öffentlicher Gelder – durch *Waagner-Biro* und *Skoda* mit einem Aufwand von knapp 49 Mio. Euro modernisiert. Bei der Modernisierung von *Vojany* kam 1996 die *VA Tech* zum Zug (Auftragswert 27 Mio. Euro).

1994 wurde erstmals über die Privatisierung der zwei großen Energieunternehmen *Slovenske elektrarne (SE)* und der Gaswerke *SPP* diskutiert. Im Sommer 2002 erfolgte als erster Schritt jedoch die Privatisierung der drei regionalen slowakischen Stromverteiler, der westslowakischen Energiebetriebe *ZSE (Zapadoslovenska Energeticke)*, der mittelslowakischen Energiebetriebe *SSE (Stredoslovenska Energeticke)* und der ostslowakischen Energiebetriebe *VSE (Vychodoslovenska Energeticke)*. Zum Verkauf standen jeweils 49 %, was noch der alten Privatisierungsstrategie der ersten Mitte-Links-Regierung unter Premierminister Dzurinda entsprach, sich an wichtigen Unternehmen öffentliche Mehrheitsanteile zu bewahren. Insgesamt gab es hier zehn Interessenten (aus Österreich teilgenommen hatten *EVN/Wien-Energie* sowie die steirische *EstAG*). Die deutsche *E.ON* erwarb die Anteile an *ZSE*, die französische *Electricite de France* die Anteile an *SSR* und die deutsche *RWE* die Anteile der *VSE*. Der gesamte Privatisierungserlös betrug 618 Mio. Euro und soll für die Verminderung der Schulden von Staat und Gesundheitswesen sowie zur Pensionsfinanzierung eingesetzt werden.

Im Jahr 2002 änderte die neue, nun Mitte-Rechts-Regierungskoalition ihre Politik und geht über zur mehrheitlichen Privatisierung aller strategischen Firmen. 2004 sollen daher auch die 51 % Staatsanteile an den drei Strom-Verteilern (*ZSE*, *SSE* und *VSE*) vollkommen abgegeben werden sowie 51 % an den sechs größten Fernheizanlagen. Im März 2004 verlaufte der Nationale Vermögensfonds (*FNM*) demgemäß 90 % der Staatsanteile am Bratislaver Heizkraftwerk *Paroplynovy cyklus (PPC)* um rund 51 Mio. Euro an die tschechisch-slowakischen Investmentgruppe *Penta*. Die restlichen 10 % an *PPC* halten noch

die *Slovenske Elektrarne*, die wiederum – wie erwähnt – künftig im Mehrheitseigentum der italienischen *Enel* stehen wird.

Nur die Staatsanteile am Gasversorger *SPP* (51 %) und am Pipeline-Monopolisten *Transpetrol* (ebenfalls 51 %) sollen weiterhin in den Händen des Staates bleiben. Aber im Gegensatz zu den Teilprivatisierungen dieser beiden Unternehmen behält sich der Staat nun ein Vetorecht vor für Fälle, in denen nationale Interessen tangiert werden. So behält sich die Regierung vor, den Import von billigerem Strom zu verbieten, um den Inlandsmarkt zu schützen. Der Bedarf nach Regulierungen eines privatisierten Marktes scheint der derzeitigen Regierung offenbar klar zu werden.

Gas

Im Frühjahr 2002 erfolgte der Verkauf von 49 % Anteilen des slowakischen Gas-Monopolunternehmens *Slovensky plynarensky priemysel (SPP)* an das Konsortium *Ruhrgas* und *Gas de France* um mehr als 2 Mrd. Euro. Es war dies die bis dahin größte (Teil-)Privatisierung in der Slowakei. Der Dritte im Bunde, die russische *Gazprom*, will ihr Drittel an den 49 % erst Ende 2005 übernehmen.

Das Gasleitungsnetz in der Slowakei ist relativ gut ausgebaut, große Investitionen sind kaum noch erforderlich. Das Geschäftsjahr 2003 hatte die *SPP* nach eigenen Angaben mit einem besonders hohen Nettogewinn von 509 Mio. Euro abgeschlossen. Im Frühjahr 2004 wurden dafür auch erstmals gleich 435 Mio. Euro (!) an Dividenden an die neuen Eigentümer ausbezahlt. Nur wenige Monate später im Sommer 2004 kündigte die *SPP* dennoch an, 10 % ihrer rund 5.500 MitarbeiterInnen abbauen zu wollen. Mit Jahresbeginn 2004 wurden zudem die Erdgaspreise für Haushalte in der Slowakei um knapp 28 % erhöht, jene für die Wirtschaft dagegen um 2 % gesenkt.

Der *SPP* wird seitens der Wirtschaft vorgeworfen, die Monopolstellung zu missbrauchen und eine Liberalisierung des Marktes und die freie Wahl des Anbieters – durch überhöhte Transportgebühren – zu behindern. Für öffentliche Diskussion sorgte auch, dass die *SPP* ohne Zustimmung des Mehrheitseigentümers Staat „Beraterhonorare“ in Höhe von fast 30 Mio. Euro an die neuen Miteigentümer *Gaz de France* und *Ruhrgas* genehmigte. Und schließlich gab es auch noch heftige politische Debatten um Korruption und Bereicherung im Zuge des Privatisierungsprozesses, wobei Vize-Premier Ivan Miklos im Kreuzfeuer der Kritik stand.

5. Gesundheit

Die primäre ärztliche Versorgung in der Slowakei nehmen die etwa selbständigen 9.000 ÄrztInnen sowie Gemeinschaftspraxen wahr. Das noch aus der Sowjet-Zeit stammende System von Polikliniken bildet gemeinsam mit den lokalen Spitälern das nächsthöhere System. Davon gibt es zusammen etwa 90 Einrichtungen im Land. Schließlich gibt es noch die Gruppe größerer und spezialisierter Spitäler und Institute, die den höchsten Standard an Gesundheitsleistungen bieten. In Kliniken und Spitälern arbeiten weitere rund 8.500 ÄrztInnen.

Mit der Gründung eines eigenen Staates 1993 wurde auch eine eigene Sozialversicherung eingeführt und die bisher steuerfinanzierte Krankenversorgung durch Sozialversicherungsbeiträge ergänzt. 1999 betrug der Krankenkassenbeitrag 13,7 % des Bruttoeinkommens, wobei ihn Selbständige allein zu zahlen hatten. Bei den unselbständig Beschäftigte zahlte der Dienstgeber 10 %, der Beschäftigte 3,7 %. Durch die Krankenversicherung wurde zunächst jede medizinische Leistung von ÄrztInnen mit Punkten bewertet und dementsprechend erfolgte eine Rückvergütung durch die Krankenversicherungen. Dies führte zu einer Explosion verrechneter Leistungen, worauf die Krankenversicherungen mit Punkt-Obergrenzen reagierten. Problematisch verlief auch die Verrechnung und Vergütung von Spitalsleistungen: Krankenhäusern wurden die Kosten zunächst nicht aufgrund der erbrachten Leistungen, sondern der im Spital verbrachten Tage erstattet. Nicht zuletzt deshalb bieten die slowakischen Spitäler (mit insgesamt rund 35.000

Betten bzw. 810 Betten pro 100.000 EinwohnerInnen 1999) überdurchschnittlich viele Betten an (EU 1998: 674 Betten). Die Verschuldung und Finanzierung des Gesundheitswesens gilt daher in der Slowakei als eines der größten Probleme der öffentlichen Haushaltspolitik. Mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unternehmen soll vor allem auch das Gesundheitswesen finanziert werden.

Mit 5,7% gemessen am Bruttoinlandsprodukt waren die Gesundheitsausgaben in der Slowakei 2001 laut WHO allerdings deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Mit 682 Dollar/Kopf lagen die Gesundheitsausgaben 2001 in der Slowakei etwa auf dem Niveau des Nachbarlandes Polen, aber deutlich unter jenen in den Nachbarländern Ungarn und Tschechien. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 2001 laut OECD mit 69,5 Jahren bei Männern und 77,6 Jahren bei Frauen demgemäß auch deutlich unter dem europäischen Durchschnitt.

Die Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit von Krankenkassen und Gesundheitseinrichtungen (meist gegenüber ÄrztInnen) ist so groß, dass die Kassen (etwa die größte, die staatliche *Všeobecná zdravotná pois - VŠZP*) bzw. ihre Vermögen zeitweise sogar per Gesetz vor Exekutionen geschützt werden mussten. Darauf reagierten wiederum die Lieferanten von Arznei- und Heilmitteln mit einem mehrtägigen Lieferstopp (etwa im Oktober 2000) an alle öffentlichen und Krankenhausapotheken, nachdem schon über 8 Mrd. SKK (rd. 190 Mio. Euro) unbezahlter Rechnungen ausständig waren. Die Verschuldung der Kassen führte im Laufe der Jahre auch zu einem Rückgang ihrer Zahl von 12 im Jahr 1995 auf 6 im Jahr 1998. Neben der hohen Verschuldung gilt vor allem ein hohes Maß an Korruption im Gesundheitswesen als Problem. Das Volumen der informellen Zuzahlungen wird auf 12 Mrd. SKK (etwa 280 Mio. Euro) geschätzt, was etwa einem Fünftel der gesamten Gesundheitsausgaben entspricht. Nachdem die Schwächen des slowakischen Gesundheitswesens selbst der Staatspräsident zu spüren bekommen hatte (Präsident *Schuster* musste im Sommer 2000 schwer krank nach Innsbruck zur Behandlung gebracht werden), was zu erheblichen öffentlichen Diskussionen über die Qualität des slowakischen Gesundheitswesens führte, eskalierte die Situation und der Gesundheitsminister musste zurücktreten.

Schwerpunkt der Gesundheitsreform, die seither vorgetrieben werden, sind daher die Erweiterung der Finanzierungsbasis (2001 kamen über 92 % der offiziellen Gelder im Gesundheitswesen vom öffentlichen Sektor; im EU-Durchschnitt waren es 75 bis 80 %) etwa durch die Schaffung einer privaten Zusatz-Krankenversicherung zu den öffentlichen Versicherungen, die weiter bestehen und eine Art Grundversorgung garantieren sollen. Seit Jahresbeginn 2004 werden auch höhere Pauschal-Zuzahlungen (Selbstbehalte) bei Medikamenten und für Dienstleistungen im Gesundheitswesen verlangt.

Weiters ist eine Umwandlung der Spitäler in selbständige non-profit-Aktiengesellschaften vorgesehen, verbunden mit dem Abbau zentraler Kontrollen, allerdings auch mit Sparprogrammen bei Leistungen und Personal. Nach Ansicht der Regierung besteht im Spitalbereich ein hoher Bedarf an besserem Management. Gesetzlich geregelt werden nur mehr die Mindesteinkommen des Spitalspersonals. 2002 erfolgte zudem die Umstellung der Spitalfinanzierung auf leistungsorientierte Basis: Kassen rechnen nun aufgrund tatsächlich erfolgter bzw. bestellter Leistungen der Spitäler ab, nicht mehr aufgrund von Tagen, die PatientInnen in Spitälern verbringen. PatientInnen müssen ihre Medikamente meist selbst zahlen und müssen sich bei bestimmten Diagnosen auch an den Behandlungskosten beteiligen. Insbesondere darüber ist im Sommer 2004 eine heftige politische Diskussion entbrannt, in der von „Kommerzialisierung“ des Gesundheitswesens gewarnt wurde.

Der Druck, die Rolle des Staates im Gesundheitswesen zurückzudrängen, ist groß. Zwischen 1993 und 1995 erfolgte die Privatisierung aller rund 800 Apotheken. Auch die Zusammenlegung aller noch verbliebenen öffentlichen Krankenkassen zu einer bzw. ihre Umwandlung in Aktiengesellschaften wird von Regierungsseite ebenfalls in die Diskussion eingebracht. Schließlich ist auch die Privatisierung aller 169 öffentlichen Gesundheitseinrichtungen ein Thema. Die Regierung meint, private Eigentümer medizinischer Einrichtungen würden ihre eigenen Ressourcen besser managen. Mit

Jahresbeginn 2003 erfolgte dem gemäß eine Überantwortung zahlreicher Gesundheitseinrichtungen an die Kommunen - und zwar mitsamt deren Schulden. Dies betraf vor allem Pflegeheime, Hospize, psychiatrische Einrichtungen und kleinere Spitäler.

6. Kultur

Erst mit Jahresbeginn 1998 wurden mit einem Theatergesetz einerseits und einem Museumsgesetz andererseits die rechtlichen Grundlagen für die Teilung der öffentlichen Verantwortung in diesen Bereich geschaffen. Danach gibt es im wesentlichen die 24 staatlichen Musik- und Sprechtheater, die auch aus staatlichen Mittel gefördert werden und dem Kulturministerium unterstehen, und die nichtstaatlichen, regionalen sowie erstmals auch privaten Theater. Andererseits ging es darum, in Museen und Ausstellungen das kulturelle Erbe der Slowakei zu bewahren, wobei nach nationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung unterschieden wird. Auch hier wurde – wie im Theaterbereich – neben den mehr als 50 staatlichen und regionalen Museen die Errichtung privater Museen und Ausstellungen ermöglicht. Im Jahr 2000 folgte ein ähnliches Gesetz für die Bibliotheken, mit dem die 12 staatlichen Bibliotheken (Nationalbibliothek und wissenschaftliche Bibliotheken) in eigenständige Rechtspersönlichkeiten umgewandelt und ihre jeweiligen Aufgaben definiert wurden. Die 473 Universitäts- und Schulbibliotheken unterliegen der jeweiligen Ordnung der Universität bzw. Schule. Die sonstigen rund 2.600 öffentlichen Bibliotheken wurden den Gemeinden, Bezirke und Regionen unterstellt. Der jeweilige Bibliotheksinhaber hat dabei u.a. auch für die finanziellen Mittel zu sorgen.

In ihrer Regierungserklärung 2002 hat die slowakische Regierung erklärt: sie wolle Bedingungen für die Finanzierung von Kultur durch verschiedene Quellen schaffen – Staat, Selbstverwaltung und Privatsektor, will aber die öffentliche Kontrolle in allen Bereichen der Kultur aufrechterhalten. Ein wichtiger Schritt soll die Dezentralisierung und Übertragung von kulturellen Kompetenzen auf regionale und lokale Ebene sein. Im staatlichen Kulturbereich sollen verstärkt betriebswirtschaftliche Strukturen implementiert werden.

7. Medien

Die meisten Medien in der Slowakei sind seit dem Umbruch in der Tschechoslowakei 1989 in privater Hand. Doch wurden bis 1998 der Regierung Meciar Einmischungen in die Medienfreiheit nachgesagt. Auch beim Verkauf ehemals staatlicher Druckereien wurde der Regierung vorgeworfen, dass regierungsnahen Medien und JournalistInnen bevorzugt worden wären. Auch der Umstand, dass der heutige Wirtschaftsminister *Pavol Rusko* 1995 mithilfe von *Wladimir Meciar* Gründer und Eigentümer des TV-Senders *Markiza* wurde und heute 70 % Marktanteil hat, führte dazu, dass die neue slowakische Regierung in ihrer Regierungserklärung 2002 bekräftigen musste, sie wolle Bedingungen für die Entwicklung von Wettbewerb im Medienmarkt schaffen.

Neben der 1992 gegründeten staatlichen Nachrichtenagentur *TASR* hat sich ab 1997 als erste unabhängige, private Agentur *SITA* etabliert, die bei ihrer Gründung noch mit erheblichen Widerständen seitens der Regierung Meciar zu kämpfen hatte.

Fernsehen: Im Prinzip gibt es zur Zeit vier Sender, die regelmäßig und überregional senden: die beiden öffentlich-rechtlichen Programme *STV 1* und *STV 2* und die beiden kommerziellen Sender *Markiza* und *TV Joj*. Unangefochtener Marktführer ist der 1995 vom heutigen Wirtschaftsminister *Pavol Rusko* gegründete Privatsender „*Markiza*“. Er erreicht mit einem Marktanteil von mehr als 70 % mehr ZuseherInnen als alle anderen Sender zusammen. Mehrheitseigentümer von „*TV Markiza*“ ist die amerikanische Firma „*CME*“ (*Central European Media Enterprises Group*). Inhaltlich dominieren US-Serien und alte tschechoslowakische Spielfilme. *STV 1 und 2* haben einen Marktanteil von etwa 25 %. Schließlich gibt es als überregionalen Sender noch den Nachrichtensender *TA 3*. Daneben gibt es noch zahlreiche nur regional sendende TV-Anbieter. *UPC*, einer der größten Kabel-

TV-Anbieter Europas, versorgt in der Slowakei etwa 350.000 Haushalte. Von 1993 bis 2000 hat UPC seine Gebühren allerdings um nicht weniger als 350 % angehoben.

Radio: In der Slowakei gibt es zur Zeit 12 überregionale Programme, wovon fünf öffentlich-rechtlich sind. Die beliebtesten Radiosender sind zur Zeit die öffentlich-rechtlichen *Slovensko 1* und *Rock FM* sowie die privaten Sender *Okey*, der Musiksender *Fun Radio*, *Radio Expres* und *Radio Twist*. Dabei konnte vor allem der erst seit 2001 bestehende Sender *Expres* an Marktanteilen gewinnen. Dagegen hat der bis dahin beliebteste Sender *Slovensko 1* innerhalb der letzten acht Jahre mehr als die Hälfte seines Marktanteils an die neu gegründete Konkurrenz verloren und vereint nur noch ca. 25% der ZuhörerInnen auf sich, was etwa einer Million ZuhörerInnen entspricht. Darüber hinaus gibt es eine Unzahl regionaler und in den Regionen sehr beliebter Programme.

Printmedien: In der Slowakei gibt es derzeit 13 überregional sowie 5 regional erscheinende Tageszeitungen. Die wichtigsten sind die Boulevardzeitung *Nový cas*, die linksgerichtete *Pravda*, die gewerkschaftliche *Praca*, die rechtsgerichtete *SME*, die ausgewogene *Národná obroda*. Von Bedeutung sind die Wirtschaftszeitungen *Hospodárske Noviny* und *Hospodársky Denník*. Unter den Wochenzeitungen sind die Wirtschaftsblätter *Trend* und *Slovenský Profit* die bedeutendsten und mehrere TV-Magazine die beliebtesten.

8. Pensionen

Auch in der Slowakei wird angesichts die Alterung der Bevölkerung das bisherige rein staatliche Pensionssystem als nicht ausreichend gesehen. Per 1.8.2000 wurden die Pensionen um 10 % angehoben, was die Finanzierungsprobleme noch vergrößerte.

Mit der Pensionsreform, die zu Jahresbeginn 2004 in Kraft trat, wurde das öffentliche System durch eine zweite Säule ergänzt, ein verpflichtendes, kapitalmarktbasierendes Sparen (Pensionsfonds von Finanzinstitutionen). Jeder, der in das Erwerbsleben eintritt, hat künftig jeweils eine Hälfte seiner Beiträge in das öffentliche, die andere in das private, kapitalmarktbasierende System zu zahlen. Für alle anderen, bisherigen ArbeitnehmerInnen ist der Umstieg in das neue System freiwillig. Der Beitragssatz wurde zugleich von 6,4 auf 7 % angehoben. Die Finanzierungslücke, die dadurch entsteht, dass weniger Beiträge in das staatliche System fließen, soll durch Privatisierungserlöse geschlossen werden. Eine dritte Säule tritt mit 1.1.2005 in Kraft und ist ein freiwilliges, steuerlich gefördertes, betriebliches und ebenfalls kapitalmarktbasierendes Pensionssparen („Pensionssparkonten“), in das ArbeitgeberInnen 9 % des Bruttolohns einzahlen können.

Zugleich soll bis 2014 ein gleiches Pensionsantrittsalter von 62 Jahren für Frauen und Männern erreicht werden, das derzeit gesetzlich bei 60 Jahren liegt, de facto aber zwischen 53 und 57 Jahren. Gesetzlich verankert wurde auch eine jährliche Pensionsanhebung um einen Betrag, der zwischen Inflation und Erhöhung der Arbeitnehmerentgelte liegt. Für 2004 wurde eine Erhöhung um 4 % beschlossen. Nicht gelungen ist eine Pensionsharmonisierung: für die Beschäftigten von Polizei und Heer gibt es nach wie vor eigene Pensionssysteme.

Der scheidende Präsident *Rudolf Schuster* hatte noch im Herbst 2003 ein Veto gegen diese Pensionsreform eingelegt, nachdem es zu landesweiten Protesten gegen die Reform gekommen war, die vor allem durch die Gewerkschaften organisiert wurden. Er argumentierte, dass die Reform sozial Schwächere benachteilige. Außerdem fanden die JuristInnen der Präsidentschaftskanzlei 64 juristische Fehler im Gesetz. Im Parlament überstimmte die Regierungskoalition dennoch das Präsidenten-Veto.

9. Post

Die *Slovenska Posta* wurde 1993 als eigenständiges Unternehmen – neben den Telekommunikationsdiensten sowie der postalischen Zeitungszustellung gegründet. Sie ist für die Brief- und Paketpost sowie für Geldüberweisungen zuständig. Seit 2002 ist der

Postmarkt in der Slowakei – entsprechend den Vorgaben der EU - liberalisiert und ermöglicht damit grundsätzlich auch anderen Anbietern, am slowakischen Markt aufzutreten. Nachdem es aufgrund der Post-Richtlinie der EU aus 1998 den Mitgliedstaaten obliegt zu definieren, was Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind, ist die *Slovenska Posta* für die Erbringung jener Universalpostdienste zuständig, die für alle Bevölkerungsteile ständig, in bestimmter Qualität und zu leistbaren Preisen erbracht werden müssen. Im Bereich der Briefpost ist die *Slovenska Posta* daher weiterhin Monopolist. Zudem sind in diesem Bereich die Preise noch staatlich geregelt. Bei der Paketpost (bis 15 kg) ist die Post Marktführer mit – nach eigenen Angaben - einem Marktanteil von 85 %. 5 % Marktanteil entfallen auf die slowakischen Eisenbahnen und auf die Busse, 10 % auf private Anbieter.

Anfang 2004 beschloss die slowakische Regierung, die *Slovenska Posta* binnen zwei Jahren in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und durch Personalabbau rentabler machen. An eine Privatisierung ist vorerst noch nicht gedacht. Durch eine Reduktion der Belegschaft um 10 % (1.700 Beschäftigte) sollen die Personalkosten von derzeit 4,5 Mrd. SKK (111 Mio. Euro) gesenkt werden. Der Gewinn soll von 280 Mio. SKK im Jahr 2003 (6,5 Mio. Euro) auf 500 Mio. SKK (11,8 Mio. Euro) steigen. Bis 2008 sollen 1.000 der insgesamt mehr als 1.600 Postämter profitabel sein. Das soll auch durch eine Vereinfachung der administrativen Strukturen und die Erweiterung der elektronischen Dienste erreicht werden.

Die *Slovenska Posta* ist mit 5 % auch Miteigentümerin der Postbank *Postova Banka*, die 2002 mehrheitlich privatisiert wurde. 55 %Eigentümer der *Postova Banka* ist die private slowakische Finanzgruppe *Istrokapital*.

10. Sicherheit

Die Slowakei gilt als sicheres Land. Lediglich in den Touristengebieten – vor allem in der Hauptstadt Bratislava – ist die Kriminalität (Taschen-, Trick- und Kfz-Diebstahl) höher. Die Slowakei erfüllt im wesentlichen die Verpflichtungen der EU hinsichtlich Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels, Terrorismus und der Geldwäsche. In Sachen Bekämpfung von Betrug und Korruption sieht die EU allerdings noch Mängel.

Wie in anderen Ländern der EU auch weist die Slowakei in den letzten Jahren steigende Kriminalitätszahlen auf. Nach Angaben des slowakischen Innenministeriums haben in den letzten Jahren vor allem Wirtschafts- und Gewaltverbrechen (vor allem Raub) stark zugenommen. Mehr als die Hälfte aller rund 107.000 Verbrechen im Jahr 2002 waren Eigentumsdelikte. Die slowakische Polizei kämpft zudem mit massiven Imageproblemen. Von Beteiligung an Autodiebstahl und Schmuggel war in den letzten Jahren häufig in den Medien zu lesen und zu hören, von direkter Zusammenarbeit mit Verbrecher-Organisationen, Rassismus, Alkohol-Missbrauch und Bestechung. Laut einer Umfrage im Frühjahr 2002 hat nur noch knapp jeder vierte Slowake Vertrauen zur Polizei. Auch die Gehälter liegen mit 300 Euro unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Somit sind wie in anderen EU-Ländern auch die privaten Sicherheitsdienste in der Slowakei eine Wachstumsbranche. Mit der dänischen *Group 4 Falck A/S* ist vor allem in den größeren Städten der Slowakei – mit zur Zeit 1.435 MitarbeiterInnen – der weltweit zweitgrößte Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen im Land tätig. Sie bieten vor allem Geldtransporte, Gebäudeüberwachung, Personenschutz und –kontrolle sowie Alarmsysteme an. Auch die (in Wien ansässige) *ISS Central Europe Holding* – eine Tochtergesellschaft des weltweit führenden dänischen Anbieters von Gebäudedienstleistungen *ISS* – ist in der Slowakei vertreten. Ebenso der deutsche Multidienstleister *Dussmann*, der auch Sicherheitsdienstleistungen anbietet.

Als im Frühjahr 2004 die Sozialhilfe in der Slowakei auf 1.450 SKK (ca. 34 Euro) monatlich halbiert wurde und die Sozialämter Tumulte vor allem aufgebrachter Roma befürchteten (die Arbeitslosenrate unter ihnen beträgt über 80 %), haben Bedienstete der Sozialämter neben der Polizei auch private Sicherheitsdienste um Schutz gebeten.

11. Telekommunikation

Die Zahl der Festnetzanschlüsse in der Slowakei ist – nach einer Zunahme in den 90er Jahren und einem Höchststand von fast 1,7 Mio. im Jahr 2000 nun rückläufig. Sie betrug 2002 nur mehr 1,4 Mio. (bei 5,4 Mio. EinwohnerInnen). Die Zahl der Mobilfunkanschlüsse nahm dagegen in den letzten Jahren deutlich zu und betrug bereits 2002 mehr als 2,9 Mio., also mehr als doppelt so viel als Festnetzanschlüsse bestanden, mittlerweile sind es sogar rund 3,8 Mio.

Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen in der Slowakei sind vor allem die ehemals staatliche *Slovenské telekomunikácie*, die seit 2003 *Slovak Telecom* heißt und bereits seit 2000 im Mehrheitseigentum (51 %) der *Deutschen Telekom* steht. Der Rest (49 %) ist noch im Eigentum des Staates. Das Unternehmen besitzt und betreut die rund 1,4 Mio. Festnetzanschlüsse des Landes und war Ende 2003 mit knapp 8.100 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Slowakei. Mehrmals haben in den letzten Jahren deutliche Preissteigerungen (zuletzt 2002 um 12,5 %) für Unmut unter der Bevölkerung einerseits und einen deutlichen Anstieg der Inflation andererseits (+8,5 % im Jahr 2003!) gesorgt. Zudem wurden 2002 auch 11 % der Beschäftigten abgebaut. In der Mobilfunksparte ist die *Slovak Telecom* mit *Eurotel* am Markt vertreten. Die *Slovak Telecom* ist mit 53 % Mehrheitseigentümer des Unternehmens. Minderheitseigentümer ist die *Atlantic West*. *Eurotel* meldete im ersten Halbjahr 2004 einen starken Kundenzuwachs auf mehr als 1,7 Mio. KundInnen (plus 27 % binnen eines Jahres).

Mitte 2003 waren nach Angaben der EU in der Slowakei 17 alternative Festnetztelefonanbieter registriert, aber kein einziger war bis dahin in das operative Geschäft eingestiegen.

Am Mobilfunkmarkt ist als zweiter Anbieter die *France Telecom*-Tochter *Orange* Anbieter und zugleich Marktführer. Sie ist seit 1997 am Markt und hatte Ende 2003 mit fast 2,1 Mio. KundInnen noch einen Marktanteil von mehr als 60 %, der Mitte 2004 jedoch auf 55 % zurückgegangen ist.

Der Internet-Bereich gilt in der Slowakei noch als unterentwickelt. Ende 2003 waren nach Angaben des slowakischen Telekommunikationsministeriums 1,56 Mio. Internet-User registriert, nach Angaben der EU-Kommission gab es Mitte 2003 erst 500 Breitband-User.

Für die Umwachung des Telekommunikationsmarktes in der Slowakei ist seit 1993 eine staatliche Regulierungsbehörde, die „*Telekomunikacný úrad Slovenskej republiky*“ (*TUSR*) zuständig.

12. Verkehr

Der **öffentliche Personenverkehr** ist in der Slowakei nach wie vor sehr dominant. 2002 wurden nach Angaben des Transportministeriums mit öffentlichen Verkehrsmitteln insgesamt 964,1 Mio. Fahrgäste befördert, mit privaten Massenverkehrsmitteln (Bussen) dagegen nur 4,2 Mio.. Auf die Bahn entfielen 59,1 Mio., auf Busse 534,6 Mio., auf die städtischen Verkehrsmittel 369,7 Mio. Fahrgäste. 2002 waren im slowakischen Transportwesen knapp 98.000 Menschen beschäftigt, der überwiegende Teil davon in öffentlichen Unternehmen (43.700 bei der Bahn, 12.300 bei den Busunternehmen, 5.300 bei den städtischen Verkehrsbetrieben).

Die slowakischen **Eisenbahnen** „*Zelenice Slovenskej republiky*“ (*ZSR*) entstanden mit Jahresbeginn 1993 als Staatsbetrieb. Mit 1.1.2002 erfolgte die Trennung von Infrastruktur und Fahrbetrieb. Die *ZSR* ist als Verwalter der Eisenbahninfrastruktur verpflichtet, diese Eisenbahninfrastruktur zu bauen und in betriebsicherem Zustand zu halten. Das Bahnnetz hat eine Gesamtlänge von knapp 3.662 km zu ist zu 42 % elektrifiziert. Im internationalen Vergleich gilt es als gut ausgebaut. Die „*Železná spoločnosť, AG*“ ist als Verkehrsträger

(Eisenbahnunternehmen) für das Erbringen von Verkehrsleistungen zuständig. Auch hier werden im internationalen Vergleich vor allem Fahrpläne, Preise und Zuverlässigkeit positiv beurteilt, Mängel bestehen allerdings bei Geschwindigkeit, Aussehen und Komfort der Züge.

Seit 1.1.2003 sind die ŽSR verpflichtet, den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur auch Dritten zu ermöglichen, die ihre Eignung nachweisen. Es wurden in letzter Zeit – trotz Protest und Streik der Eisenbahner 2003 - 25 Nebenstrecken stillgelegt. Zudem sollen im Zeitraum 2001 bis 2005 12.000 bis 16.000 Eisenbahn-Beschäftigte (als rund ein Drittel) abgebaut werden. In weiterer Folge ist eine schrittweise Privatisierung der Bahn geplant. Im September 2004 gab die slowakische Regierung bekannt, dass der Güterverkehrsbereich aus der ZSR ausgegliedert und vollständig privatisiert werden soll. Der Wert dieses Unternehmens wurde mit 190 bis 280 Mio. Euro angegeben. 2002 wurden von den slowakischen Eisenbahnen 59,1 Mio. Fahrgäste befördert, was einem historischen Tiefststand entsprach. Der Personenverkehr ist stärker rückläufig als der Güterverkehr, mit dem 2002 knapp 49,9 Mio. Tonnen Fracht befördert wurden.

Der **öffentliche Busverkehr** ist in der Slowakei sehr gut ausgebaut und der hauptsächliche Träger des öffentlichen Personenverkehrs, zumal lange Zeit nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ein eigenes Auto besaß. In der Slowakei sind insgesamt etwa 11.000 Busse im Einsatz, die 2002 534,6 Mio. Fahrgäste beförderten und in 17 Gesellschaften der *Slovenska Autobusova Doprava (SAD)* organisiert sind. Die Zahl privater Busunternehmen nimmt zwar zu, ihr Anteil an den Fahrgästen betrug 2002 mit 4,2 Mio. aber nicht einmal 1 %. Sie konzentrieren sich vor allem auf Auslandsverbindungen. 2002 erfolgte mit dem Verkauf von 49 % der Anteile der *SAD Bratislava* (sie hat 300 Busse im Einsatz und 870 Beschäftigte) an die französische *Vivendi* – Tochter *Connex* jedoch eine große Teilprivatisierung. Im technischen Zustand und Fahrkomfort gibt es erhebliche Unterschiede: die Verbindungen nach Bratislava werden mit modernen Bussen geführt, jene im Osten des Landes mit älteren.

Der **öffentliche Personennahverkehr** in den Städten der Slowakei weist seit Mitte der 90er Jahre stark sinkende Fahrgastzahlen auf. 2002 wurden 509,6 Mio. Fahrgäste transportiert, nachdem es 1996 noch 778,2 Mio. waren. Bratislava, Zilina, Kosice und Presov haben eigene große kommunale Verkehrsunternehmen, die Straßenbahnen, Trolley-Busse und Busse betreiben und 2002 73 % aller ÖPNV-Fahrgäste beförderten. Das größte Unternehmen sind die *Dopravný podnik Bratislava (DPB)*, die mit 888 Fahrzeugen 12 Straßenbahnlinien, 12 Trolley-Buslinien, 61 Buslinien und weitere 18 Nachtbuslinien führt. In den anderen Städten bieten die Kommunen nur Trolley-Busse oder Busse für den Personennahverkehr an. Jede Stadt ist selbst verantwortlich für den öffentlichen Personenverkehr.

Das **Straßennetz** in der Slowakei ist nicht sonderlich gut ausgebaut. Die Länge des Autobahnnetzes betrug 2002 knapp 302 km, das waren um 104 km mehr als bei Gründung des Staates 1993. Die einzigen leistungsfähigen Verbindungen sind die Autobahnen von Bratislava nach Tschechien bzw. die Stadtführung von Bratislava sowie die neue Autobahn D1, die rund 170 km bis Povazska Bystrica ausgebaut ist. Ein weiterer Ausbau Richtung Zilina und Presov ist im Gange. Die slowakische Regierung hat beschlossen, dass ein Großteil der Autobahnprojekte künftig durch PPP-Modelle realisiert werden sollen. Das letzte Teilstück der Autobahn von Bratislava nach Žilina soll bis Ende 2006 fertig gestellt sein. Selbst die Fernverkehrsstraßen sind in der Regel nur einspurig. Die Benützung der Autobahnen ist mautpflichtig. Pkw zahlen 750 SKK (ca. 17,50 Euro) für ein Jahr bzw. 150 SKK (ca. 3,50 Euro) für 2 Wochen. In der Slowakei sind etwa 1,4 Mio. Pkw registriert sowie rund 160.000 Lkw.

Flugverkehr: Nach der Trennung von Tschechien musste die Slowakei eine eigene Fluglinie aufbauen (1995), die seit 1998 als *Slovenske Aerolinie* bzw. *Slovak Airlines* aktiv ist. Mit 222.000 Passagieren im Jahr 2003 gehörten die *Slovak Airlines* allerdings zu den kleinsten Fluglinien Europas. Der Großteil des Geschäftes wird mit Charterflügen gemacht. Sie fliegt vor allem nach Osteuropa sowie in die Urlaubsländer am Mittelmeer. Nach dem Verkauf von 3 Flugzeugen der Type *Tupolev 154* Ende 2003 besitzt die *Slovak Airlines* derzeit nur ein einziges Großraumflugzeug, eine *Boing 737*. Mit *SkyEurope* hat sich seit 2002 eine private

slowakisch-belgisch-spanische Billigfluglinie mit Sitz in Bratislava als Alternative etabliert. Die Airline hat eine moderne Flotte mit 13 Flugzeugen, legt Wert auf gute technische Ausstattung, erfahrenes Personal und einfache Buchung. Die 1993 gegründete *Air Slovakia* hat nur ein sehr begrenztes Flugangebot in den Nahen Osten und fliegt zur Zeit mit drei Flugzeugen der Marke *Boeing*. Schließlich gibt es noch die kleine *Tatra Air* mit zwei Flugzeugen der Marke *Saab 340*.

In der Slowakei gibt es mehrere Flughäfen, die von Bedeutung sind: Bratislava, Kosice, Poprad, Sliac, Piešťany und Zilina, die noch in öffentlichem Eigentum stehen, aber in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sollen. Aktionäre sollen die jeweiligen Städte, der Staat, aber auch aus- und inländische Investoren werden. So hat etwa der Flughafen Wien Interesse am Flughafen Bratislava bekundet. Offen war im September 2004 allerdings noch, ob der Flughafen Bratislava alleine oder „im Paket“ mit Kosice verkauft wird. Die slowakische Regierung rechnet mit einem Verkaufserlös aus beiden Flughäfen von rund 165 Mio. Euro.

Schiffsverkehr: 2001 erfolgte die Privatisierung der slowakischen Schifffahrts- und Hafengesellschaft *Slovenska plavba a prístavy (SPaP)*, der 240 Flussgüterschiffe, 9 Flusspersonenschiffe, eine Yacht und drei Hochseegüterschiffe gehören. Käufer von 87 % der Anteile war ein slowakischer Investor (*Dunajservis Slovensko*), die dafür 25,5 Mio. Euro bezahlte. Die restlichen 13 % halten u.a. die Städte Bratislava und Komarno, in denen sich die beiden großen Donau-Häfen des Landes befinden.

13. Wasser und Abwasser

Im Zuge des Beitritts zur Gemeinschaft stellte die EU-Kommission fest, dass die Rechtsangleichung im Bereich des Umweltschutzes noch erhebliche Investitionen erfordert.

Im Bereich Wasserqualität sind die entsprechenden Rechtsvorschriften vorhanden und mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand vereinbar. Die erforderlichen Verwaltungsstellen sind weitgehend vorhanden und haben ihre Tätigkeit aufgenommen, bedürfen jedoch einer weiteren Stärkung. Die Überwachung von Trinkwasser muss weiter verbessert und für Nitrate und gefährliche Stoffe mussten entsprechende Programme erarbeitet werden.

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung erfolgt in der Slowakei im wesentlichen durch fünf große staatliche, jeweils für bestimmte Regionen zuständige Gesellschaften: Die Wasser- und Abwasserwerke Bratislava (*Vodárne a kanalizácie Bratislava*), jene für die West-Slowakei (*Západoslovenské vodárne a kanalizácie*), jene für die Nord-Slowakei (*Severoslovenské vodárne a kanalizácie*), jene für Zentral-Slowakei (*Stredoslovenské vodárne a kanalizácie*) und jene für die Ost-Slowakei (*Východoslovenské vodárne a kanalizácie*). Darüber hinaus gibt es noch mehrere Gesellschaften des Staates, die ebenfalls dem Umweltministerium unterstehen und für die Gewässeraufsicht sowie die Forschung zuständig sind. Und zwei weitere Gesellschaften, die Investoren bei ihren Projekten vor allem technisch beraten und unterstützen.

Wasser: 1999 wurden über 82 % der SlowakInnen durch öffentliche Trinkwassersysteme versorgt, aber nur 67 % der Gemeinden verfügten über Trinkwassersysteme. In einem Drittel aller slowakischen Gemeinden erfolgte die Trinkwasserentnahme 1999 noch aus Brunnen. Während der Versorgungsgrad allerdings kontinuierlich steigt, sinkt der durchschnittliche Trinkwasserverbrauch in der Slowakei deutlich, auf 118 Liter im Jahr 1999.

Abwasser: 1999 waren nur knapp 55 % der Bevölkerung an ein Kanalnetz angeschlossen, es gab im Land nur 341 Kläranlagen; d.h. 88 % der knapp 2.900 slowakischen Gemeinden hatten 1999 noch keine Kläranlage. Der kostenintensivste Bereich im Bereich des gesamten Umweltschutzes der Slowakei ist daher mit Abstand die Herstellung und Modernisierung der Abwasserentsorgung. Der Investitionsbedarf wird für die Jahre 2000 bis 2008 auf 2,9 bis 3,4 Mrd. Euro geschätzt. Was kommunale Abwässer betrifft, so wurde mit der EU eine Übergangsregelung mit entsprechenden Etappenzielen vereinbart, die bis Ende 2015 gilt. Für die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe wurde eine Übergangsregelung bis Ende

2006 vereinbart. Das bedeutet, dass in 18 Städten mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen bis 2010 und in weiteren 409 Gemeinden zwischen 2.000 und 10.000 EinwohnerInnen bis 2015 Abwassersammelsysteme – sprich Kanäle – überhaupt erst neu errichtet oder modernisiert werden müssen. Darüber hinaus müssen in 90 Städten mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen und weiteren 439 Gemeinden zwischen 2.000 und 10.000 EinwohnerInnen im gleichen Zeitraum auch Kläranlagen errichtet bzw. modernisiert werden. Investitionen werden aus staatlichen bzw. EU-Mitteln gefördert.

Die Regierung plant, aus den bisher fünf Staatsbetrieben der Wasserwerke und Kanalisation sechs regionale Wasserwerksgesellschaften zu formen, deren Aktien unentgeltlich auf Gemeinden und Städte überführt werden. In weiterer Folge soll ein Einstieg strategischer Investoren erfolgen, um eine Kapitalstärkung der Unternehmen herbeizuführen und die benötigten Finanzmittel aufzutreiben. Die deutsche *Verbundnetz Gas AG (VNG)* soll dabei ebenso zu den Interessenten um den Einstieg in die slowakischen Wasserwerksgesellschaften zählen wie die französische *Vivendi Environnement* - beide sind bereits im Energiebereich in der Slowakei engagiert -, ferner die deutsche *Berlinwasser* und die französische *Suez Environnement*.

14. Wohnen

In den ehemals sowjetisch bestimmten Ländern hatte der öffentliche Wohnungsbau große Bedeutung. Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten vom Staat sehr viele Wohnungen gebaut wurden, ist selbst im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern die Wohnungssituation in der Slowakei schlecht. In der Slowakei bestehen – bei 5,38 Mio. EinwohnerInnen – nur etwa 1,885.000 Wohnungen, was einem Durchschnitt von 3,2 Personen je Wohnung entspricht. Mit knapp 26 m² ist auch die durchschnittliche Wohnnutzfläche pro Person unter dem Durchschnitt der meisten osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU und auch deutlich unter westeuropäischem Niveau. Auch regional sind die Unterschiede innerhalb der Slowakei groß: in der Hauptstadtregion Bratislava ist das Wohnungsangebot mit über 400 Wohnungen je 1.000 EinwohnerInnen deutlich höher als im Osten des Landes, etwa an den Grenzen zu Polen und der Ukraine, wo den BewohnerInnen nur etwa 290 Wohnungen je 1.000 EinwohnerInnen zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich sind in der Slowakei 76 % aller Wohnungen mit Bad, WC und Zentralheizung ausgestattet. Aber 42 % aller slowakischen Wohnungen sind in „Plattenbauten“, jenen gesichtslosen vielgeschossigen Großwohnanlagen an den Stadträndern. Obwohl die Wohnungen selbst durch die BewohnerInnen laufend und gut instand gehalten werden, weisen die Gebäude selbst oft erhebliche Mängel bei Wärmeschutz, Dach- und Fassadenkonstruktion auf.

Nach dem politischen Wandel setzte im Wohnungswesen eine starke Privatisierung ein. Die bisherigen Hauseigentümer (Staat oder Gemeinde) wurden 1992 gesetzlich verpflichtet, den bisherigen MieterInnen die Wohnungen zum Kauf anzubieten. Heute sind in der Slowakei fast 77 % aller Wohnungen im Eigentum ihrer NutzerInnen, nur 23 % aller Wohnungen sind Mietwohnungen. In den meisten osteuropäischen Ländern ist der Eigentumsanteil noch höher, nur im Nachbarland Tschechien ist er niedriger. Die slowakischen Mietwohnungen gehören ausnahmslos Gemeinden, Genossenschaftlichen oder gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. Gewerblicher oder sonstiger Mietwohnungsbau ist in der Slowakei – im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten – so gut wie nicht vorhanden.

Deutlich zurückgegangen mit und nach dem politischen Wandel ist der Wohnungsneubau. Vor allem den Wohnungsgenossenschaften wurden mit der Aufhebung des Genossenschaftsgesetzes der rechtliche Boden für den Neubau entzogen. Sie beschränken sich rein auf die Verwaltung der bestehenden Objekte. Wurden in den 80er Jahren in der Slowakei jährlich noch etwa 35.000 Wohnungen neu gebaut, so waren es 2002 nur mehr rund 14.000. Um den Wohnungsstandard der EU 15 zu erreichen, wäre aber eine Neubauleistung von rund 54.000 Wohnungen jährlich erforderlich. Neue Wohnungen sind für

die SlowakInnen zudem überdurchschnittlich teuer. Die Baukosten für eine 70-m²-Wohnung sind mit etwa 34.000 Euro achtmal so hoch wie ein durchschnittliches Jahreseinkommen. Auch die langfristigen Zinssätze liegen mit 5 % über dem europäischen Durchschnitt, wenngleich sie tendenziell rückläufig sind.

15. Quellen

EU-Kommission: Umfassender Monitoring-Bericht über die Vorbereitungen der Slowakei auf die Mitgliedschaft, Brüssel 2003

OECD

www1.oecd.org

Privatisierungsministerium der SR

www.privatiz.gov.sk

Slowakischer Monatsbericht

www.mesa10.sk

Slowakei-Net

www.slowakei-net.de

Statistisches Amt der Slowakei

www.statistics.sk

www.slovensko.com

Wirtschaftskammer Österreich

www.wko.at

Abfallwirtschaft:

Umweltministerium

www.enviro.gov.sk

ÖGUT: Umwelttechnikmärkte in Mittel- und Osteuropa; 2004

Peer Review Evaluation Mission on Environment in the Slovak Republic 2002

Bildung:

Bildungsministerium

www.education.gov.sk

Energie:

Slovenske Elektrarne

www.seas.sk

Gesundheit:

Gesundheitsministerium

www.health.gov.sk

EU-Kommission: Highlights on Health in Slovakia, Dez. 2001

National Human Development Report Slovak Republic 2001-2002

Kultur:

Kulturministerium

www.culture.gov.sk

Medien:

staatl. Nachrichtenagentur TASR

www.tasr.sk

priv. Nachrichtenagentur SITA

www.sita.sk

staatl. Fernsehen STV

www.stv.sk

priv. TV-Sender MARKIZA

www.markiza.sk

priv. TV-Sender TV JOJ

www.joj.sk

staatl. Radiosender SLOVENSKO

www.slovakradio.sk

staatl. Radiosender ROCK FM

www.rockfmradio.sk

priv. Radiosender OKEY

www.okey.sk

priv. Radiosender FUN RADIO

www.funradio.sk

priv. Radiosender RADIO EXPRES

www.expres.sk

priv. radiosender RADIO TWIST

www.twist.sk

Tageszeitung NOVY CAS

www.bleskovsky.sk

Tageszeitung PRAVDA

www.pravda.sk

Tageszeitung PRACA

Tageszeitung SME

www.sme.sk

Tageszeitung NARODNA OBRODA

www.narodnaobroda.sk

Wirtschaftszeitung HOSPODARSKE NOVINY

www.hnonline.sk

Wirtschaftsmagazin TREND

www.etrend.sk

Pensionen:

Arbeits- und Sozialministerium

www.employment.gov.at

National Human Development Report Slovak Republic 2001-2002

Post:

Postministerium
Slovenska Posta

www.telecom.gov.sk
www.slposta.sk

Sicherheit:

Innenministerium
Group 4 Falck A/S

www.minv.sk
www.group4falck.com

Telekommunikation:

Telekommunikationsministerium
EUROTEL
ORANGE
SLOVAC TELEKOM
Telekommunikationsaufsicht TUSR

www.telecom.gov.sk
www.eurotel.sk
www.orange.sk
www.telecom.sk
www.teleoff.gov.sk

Verkehr:

Transportministerium
Slowakische Eisenbahnen ZSR
SAD Bratislava
Internet-Plattform Öffentlicher Personenverkehr
Verkehrsbetriebe Bratislava
Slovak Airlines
SkyEurope
Air Slovakia
Slowakische Schifffahrtsgesellschaft SPaP

www.telecom.gov.sk
www.zsr.sk
www.eurolines.sk
www.imhd.sk
www.dpb.sk
www.slovakairlines.sk
www.skyeurope.sk
www.airlovakia.sk
www.spap.sk

Wasser/Abwasser:

Umweltministerium
Slovak Environment Agency: State of the Environment Report 2002

www.enviro.gov.sk
<http://nfp-sk.eionet.eu.int/thematic/soereports>

Wohnen:

Bautenministerium
Staatlicher Wohnungsfonds
Finanznachrichten 17/2004

www.build.gov.at
www.sfrb.sk